

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
03/2016 (III)*



PARLAMENTSMAIL

Liebe FreundInnen!

anbei informiere ich Euch wieder über die neuesten Beschlüsse und Diskussionen im Nationalrat. In den Sitzungen am Mittwoch und Donnerstag ging es unter anderem um die Abgeltung der kalten Progression, Verbesserungen beim Tierschutz und den Abbau unnötiger Bürokratie.

Außerdem findet Ihr im Newsletter auch wieder Interessantes über meine Arbeit als Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine



Top Themen

Kalte Progression abgelenken: Alle Lohnsteuerpflichtigen profitieren

Kalte Progression bezeichnet den Effekt, dass in allen progressiven Steuersystemen jede Lohnerhöhung auch den durchschnittlichen Steuersatz minimal erhöht. Anders gesagt: Ein Plus beim Bruttoeinkommen schlägt sich nicht in gleicher Höhe beim Netto nieder. Das will die Regierung ändern und das ist auch im Regierungsprogramm sehr genau vereinbart. SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder hat im Nationalrat den Plan dazu erklärt: Die ersten beiden Tarifstufen werden automatisch angepasst, sobald die kumulierten jährlichen Inflationsraten 5 Prozent erreichen. Das hat den großen Vorteil, dass man damit 80 Prozent des Volumens mobilisiert und alle Lohnsteuerpflichtigen profitieren. Die restlichen 20 Prozent behält man sich auf, um dann zielgerichtet und je nach wirtschafts- und finanzpolitischen Notwendigkeiten zu entscheiden. – Und entscheiden muss darüber der Nationalrat, machte Schieder klar, "weil die Budgethoheit ein Unrecht des Parlaments ist".



Andreas Schieder: "Die SPÖ will das in der Regierung vereinbarte Modell. Alle anderen Modelle bedeuten eine Umverteilung nach oben."

Verbesserungen beim Tierschutz

Eine Reihe substanzieller Fortschritte bringt eine Novelle des Tierschutzgesetzes: Katzen, die Zugang ins Freie haben, müssen künftig entweder kastriert werden oder im Falle der Zucht mit einem Chip gekennzeichnet sein. Damit will man das Problem von ausgesetzten Katzen und Streunerkatzen, die oft verwildern, krank werden oder verhungern, in den Griff bekommen. Außerdem werden private Tierinserate im Internet weitgehend verboten und die Rechtsstellung der Tierschutz-Ombudspersonen gestärkt. Weitere Neuerungen: Das Aussetzen gezüchteter, nicht überlebensfähiger Wildtiere wird verboten – der Jagd auf Zuchtfasane wird so ein Riegel vorgeschoben. Hundehalsbänder mit einem Zugmechanismus, die dem Hund die Luft abschneiden, sind künftig ebenso untersagt wie das Färben oder Tätowieren von Tieren aus kommerziellen Gründen. Auch die Ausnahmeregelungen bei der Anbindehaltung von Rindern werden strenger. Außerdem muss diese den Behörden gemeldet werden.



Wir verhindern Tierleid

- Lösung für Streunerkatzen
- Aus für Hunde-Würgebänder
- Keine privaten Tierinserate mehr im Internet

Sachwalterrecht Neu – Selbstbestimmung für Betroffene

Das 30 Jahre alte Sachwalterrecht wurde mit den Stimmen aller Parlamentsparteien reformiert. Künftig soll die Selbstbestimmung der Betroffenen im Mittelpunkt stehen. Die neue Erwachsenenvertretung für Menschen mit psychischen Erkrankungen oder vergleichbaren Beeinträchtigungen wird konkret auf die Bedürfnisse der betroffenen Person zugeschnitten. Die Befugnisse der Erwachsenenvertreter werden auf bestimmte Vertretungshandlungen beschränkt und gelten nicht pauschal für alle Angelegenheiten. Die Bestellung eines gerichtlichen Erwachsenenvertreters soll künftig nur mehr "ultima ratio" sein und wird auf drei Jahre befristet. Erreicht hat die SPÖ, dass auch Heime für Kinder und Jugendliche unter das Gesetz fallen und es eine entsprechende Aufsicht gibt.

Weniger Bürokratie für Unternehmen und BürgerInnen

Der Nationalrat beschloss ein umfangreiches Paket zum Bürokratieabbau – mit zahlreichen Erleichterungen für Unternehmen, aber auch für die BürgerInnen. Unternehmensgründungen für kleine Firmen werden einfacher, die Gründung oder das Abrufen von Gründungs-Förderungen können elektronisch über das Unternehmensserviceportal erfolgen. Und auch bei den Melde- und Informationspflichten werden Betriebe entlastet. Ebenso profitieren die BürgerInnen: So muss ein Wohnsitzwechsel künftig nicht mehr dem Finanzamt gemeldet werden, weil die Daten vom Zentralen Melderegister automatisch kommen. Auch ein neuer Zulassungsschein für das Auto ist nicht mehr nötig, wenn man innerhalb eines Kennzeichen-Bezirktes umzieht. Beschleunigt wird außerdem die Genehmigung von Betriebsanlagen.

Passt du in die ÖVP? Das Quiz!

Wieviel Lopatka steckt in dir?

Erst Franz, jetzt Vavrik - du glaubst, in den ÖVP-Klub kann jeder kommen? Stimmt nicht! Wir haben EXKLUSIV den Lopatka-Aufnahme-Test für ÖVP-Mandatare zugespielt bekommen. [Finde jetzt heraus, ob Lopatka auch dich nehmen würde!](#)



Alle Beschlüsse und Berichte

NR-Sitzung vom 29. März 2017

Deregulierungsgesetz 2017 ([1569 d.B.](#)) – s. **Top-Themen**

Deregulierungsgrundsatzgesetz ([1570 d.B.](#))

Das Gesetz definiert Regeln für die Gesetzesinitiative und die Gesetzgebung und soll zur Entbürokratisierung beitragen. Im Wesentlichen geht es darum, dass Rechtsvorschriften des Bundes regelmäßig evaluiert bzw. Gesetze zeitlich befristet werden und dass für eine neue Regelungen wenn möglich eine andere Regelung gestrichen wird.

Bei der Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht soll darauf geachtet werden, dass die EU-Standards nicht ohne Grund übererfüllt werden.

Zweiter Eurofighter-U-Ausschuss eingesetzt [\(1582 d.B.\)](#)

Der zweite Untersuchungsausschuss zu den Eurofightern ist eingesetzt. Der Antrag – ein Minderheitsrecht – wurde von Grünen und FPÖ eingebracht. Basis dafür sind u.a. neue Erkenntnisse einer Task Force, die Verteidigungsminister Doskozil zu einer Anzeige gegen den Eurofighter-Hersteller veranlasst hat. Die SPÖ unterstützt den Ausschuss und will volle Aufklärung über die Beschaffung unter Schwarz-Blau in den 2000er-Jahren und über einen möglichen Millionen-Schaden für die Republik.

Verwaltungsreformgesetz [\(1568 d.B.\)](#)

Dieses Sammelgesetz enthält zahlreiche Reformen im Agrar- und Umweltrecht, die zu Verwaltungsvereinfachung und Deregulierung beitragen und Umweltverträglichkeitsprüfungen beschleunigen sollen.

"Human Biomonitoring" [\(1539 d.B.\)](#)

Der Antrag fordert eine zweijährliche Berichterstattung des Umweltministers an den Gesetzgeber über die Fortschritte, Erkenntnisse und Tätigkeiten des Beratungsgremiums "Human Biomonitoring".

EU-Jahresvorschau für die Landwirtschaft 2017 [\(1554 d.B.\)](#)

Die EU-Jahresvorschau des Landwirtschaftsministeriums behandelt die Herausforderungen für die europäische Agrarpolitik; u.a. geht es um die Umsetzung der Reform für die Gemeinsame Agrarpolitik bei Direktzahlungen und der Marktordnung. Diskussionsbedarf sieht das zuständige Gesundheitsministerium noch in Sachen Bio-Verordnung, bei der die EU-Kommission eine Totalrevision plant.

Bürgerinitiative betreffend faire Lebensmittel [\(1557 d.B.\)](#)

Diskutiert wurde im Nationalrat eine Bürgerinitiative für klare Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln. Die Bürgerinitiative spricht sich dafür aus, mehr regionale Produkte einzukaufen, weist darauf hin, wie wichtig Lebensmittelsicherheit, hohe Produktionsstandards und der Qualitätsvorsprung der Produkte ist.

EU-Jahresvorschau Wirtschaft [\(1526 d.B.\)](#)

Schwerpunkte des wirtschaftspolitischen Arbeitsprogrammes der EU bilden die Digitalisierung, die Umsetzung der Energieunion im Lichte des Pariser Klimavertrags, der weitere Ausbau des Binnenmarkts sowie Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs. Um diese Ziele zu erreichen setzt die Union auf Investitionen. Die diesbezügliche Offensive des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSl) in der Höhe von 315 Mrd. € hat im ersten Jahr ihres Bestehens bereits weitere Investitionen von 116 Mrd. € mobilisiert. Geplant ist nun, sowohl die Laufzeit als auch die finanzielle Ausstattung des Fonds auszuweiten. Ein Schwerpunkt liegt bei der Jugendbeschäftigung: Ziel der europäischen Jugendinitiative ist es, allen jungen Menschen unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten ein qualitativ hochwertiges Beschäftigungsangebot, Fortbildung, einen Ausbildungsplatz oder ein Praktikum zur Verfügung zu stellen. Das EU-Programm "Erasmus+" will zudem auch die Mobilität in der beruflichen Bildung fördern.

Abkommen mit Bosnien [\(1505 d.B.\)](#)

Das Abkommen zwischen Österreich und Bosnien-Herzegowina schafft die rechtliche Basis für eine wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit der beiden Staaten, u.a. zur gemeinsamen Teilnahme an Forschungs Kooperationen. Für die Projektkooperation sind jährlich max. 90.000 Euro vorgesehen.

Spekulationsverbot für den Bund [\(1566 d.B.\)](#)

Das Gesetz sieht ein Verbot von Finanzspekulationen für den Bund und die Sozialversicherungsträger vor. Verankert wird der Grundsatz der "risikoaversen Finanzgebarung" für das Finanzmanagement des Bundes.

Finanzrahmen wird verschoben [\(1567 d.B.\)](#)

Für zunächst zwei Jahre wird die Vorlage des Finanzrahmens (er legt die Ausgabenobergrenzen der Ressorts für die nächsten vier Jahre fest) von Frühling auf den Herbst verschoben und damit gleichzeitig mit dem Bundesbudget für das Folgejahr diskutiert. Die Evaluierung des gesamten Haushaltsrechts durch Währungsfonds, OECD und ein österreichisches Forschungsinstitut dauert bis Frühjahr 2018. Danach soll gemeinsam mit den Oppositionsparteien das Haushaltsrecht auf Basis der Evaluierung reformiert werden.

Abkommen zwischen Österreich und Jersey, Guernsey, Isle of Man über die Besteuerung von Zinserträgen ([1558 d.B./1559 d.B./1560 d.B.](#))

Die drei Abkommen über die Besteuerung von Zinserträgen werden beendet und durch den automatischen Informationsaustausch ersetzt.

Flugabgabe wird halbiert ([1561 d.B.](#))

Die Flugabgabe wird halbiert. Die neuen, ab 2018 gesenkten Abgaben pro Passagier sind 3,50 € (statt bisher 7 €) auf Kurzstrecken, 7,50 € (statt bisher 15 €) auf Mittelstrecken und auf der Langstrecke 17,5 € (statt bisher 35 €).

Ausfuhrfinanzierung ([1562 d.B./ 1563 d.B.](#))

Der Haftungsrahmen im Ausfuhrföderungsgesetz wird von 50 auf 40 Mrd. Euro, im Ausfuhrfinanzierungsföderungsgesetz von 45 Mrd. Euro auf 40 Mrd. Euro herabgesetzt, da dieser Rahmen in den letzten Jahren nicht ausgenutzt wurde. Die SPÖ hat außerdem erreicht, dass bei der Ausfuhrföderung anerkannte internationale entwicklungs-politische Standards gesetzlich verankert werden.

Renovierung des Austria Center ([1564 d.B.](#))

Das Gesetz schafft die Rechtsgrundlage für Investitionen in das Wiener Konferenz-zentrum; geplante Renovierungen sind u.a. der Umbau des Eingangs und die Schaf-fung von zusätzlichen Ausstellungsflächen. Dafür fallen einmalige Kosten von 32 Mio. Euro für Planung und Bau an, die Stadt Wien refundiert 35 Prozent.

200 Jahre Salzburg bei Österreich – Bund überträgt Liegenschaften ([1565 d.B.](#))

Aus Anlass des Jubiläums "200 Jahre Salzburg bei Österreich" überträgt der Bund Liegenschaften im Eigentum des Bunds bzw. der Burghauptmannschaft an das Land Salzburg. Für die kulturell bedeutsamen historischen Objekte und vor Ort befindlichen Mobilien wird ein Belastungs- und Veräußerungsverbot zu Gunsten der Republik grundbücherlich eingetragen. Bei den Liegenschaften geht es u.a. um die Mariensäule am Domplatz, die Hofstall- und Pferdeschwemme, die Feste Hohen Salzburg, die Neue Residenz und den Residenzbrunnen.

Petitionen und Bürgerinitiativen ([1576 d.B.](#))

Der Nationalrat diskutierte eine Reihe von Petitionen und Bürgerinitiativen, die im zuständigen Ausschuss behandelt wurden, darunter der Wunsch nach mehr Finanzpolizisten im Burgenland und eine Bürgerinitiative für leistbares Wohnen.

NR-Sitzung vom 30. März 2017

Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, Änderung (694/A)

Sacherwalterschaft Neu – Erwachsenenschutz-Gesetz ([1528 d.B.](#)) – s. **Top-Themen**

Novelle des Kartellrechts ([1529 d.B.](#))

Mit dem Kartell- und Wettbewerbsrechts-Änderungsgesetz soll Rechtssicherheit bei Schadenersatzansprüchen aufgrund von Wettbewerbsrechtsverletzungen geschaffen werden. Weitere Inhalte: Verbesserung der Transparenz im kartellgerichtlichen Verfahren, Sicherstellung der Qualität von Sachverständigengutachten im Kartellverfahren, Sicherstellung des fairen Wettbewerbs in der Lieferkette und weitere Modernisierungsmaßnahmen.

Firmenbuch – Umsetzung der BRIS-Richtlinie ([1530 d.B.](#))

Mit dem Gesetz wird eine EU-Richtlinie umgesetzt mit dem Ziel, den grenzüberschreitenden Zugang zu Unternehmensinformationen über das Europäische Justizportal zu erleichtern.

Gerichtsorganisation [\(1531 d.B.\)](#)

Eine Novelle des Gerichtsorganisationsgesetzes bringt einige rechtliche Präzisierungen: So können Sicherheitsmaßnahmen bei Gerichten im Anlassfall auch dann angeordnet werden, wenn das in der Hausordnung nicht vorgesehen ist. Weiters bringt die Novelle eine klare Zuordnung der Gerichtsabteilungen zu dem/der bei einem Gericht tätigen Richter oder Richterin.

Pflichtkurse in Justizgeschichte für angehende RichterInnen und StaatsanwältInnen [\(1532 d.B.\)](#)

In dieser EntschlieÙung wird der Bundesminister für Justiz ersucht, seine bisherigen Bemühungen fortzusetzen und konkrete Maßnahmen mit Nachdruck zu treffen, um ein verpflichtendes Zeitgeschichtecurriculum für alle angehenden RichterInnen und StaatsanwältInnen umzusetzen.

Pauschalreisen – mehr Informationen für KonsumentInnen [\(1533 d.B.\)](#)

Mit dem Pauschalreisegesetz werden Bestimmungen einer EU-Richtlinie umgesetzt. Ziel ist mehr Schutz für KonsumentInnen und ausreichende Rechtsicherheit für UnternehmerInnen. Stärker reguliert werden Kombi-Angebote von Unternehmen. Machen Zusatzleistungen wie etwa geführte Wanderungen mehr als ein Viertel des Gesamtwerts der Reise aus, wird der Hotelier zum Reiseveranstalter und hat strengere Informationspflichten. Außerdem gibt es detaillierte Bestimmungen über die Informationspflichten und über Ansprüche bei nicht vertragskonformer Erfüllung sowie Regeln über den Insolvenzschutz.

Zweites Zusatzprotokoll zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen [\(1536 d.B.\)](#)

Durch dieses Zweite Zusatzprotokoll soll die europäische Rechtshilfe in Strafsachen auf Basis des Europaratsübereinkommens verbessert werden. Die entsprechenden Inhalte sind auf EU-Ebene schon umgesetzt, das Zweite Zusatzprotokoll erleichtert die Umsetzung auf Europaratsebene (z.B.: Videokonferenz).

Beitritt mehrerer Staaten zum Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung ([1534 d.B./1535 d.B.](#))

Der Nationalrat stimmte dem Beitritt zusätzlicher Staaten zum Abkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung zu. Konkret geht es um Albanien, Andorra, Armenien, Marokko, die Russische Föderation, die Seychellen, Singapur, Kasachstan, Peru und Südkorea.

Berufsreifeprüfungsgesetz – Zentralmatura ([1580 d.B.](#))

Beim Haupttermin 2017 wird erstmals auch die teilzentrale Matura bei der Berufsreifeprüfung durchgeführt. Die Novelle zum Berufsreifeprüfungsgesetz bringt letzte rechtliche und redaktionelle Klarstellungen dazu. Die Berufsreifeprüfung wurde 1997 gesetzlich verankert und ist eine große Errungenschaft der Erwachsenenbildung. Diese Form des Nachholens von Bildungsabschlüssen bietet Lernenden mit beruflichen Erfahrungen und Qualifikationen im 2. Bildungsweg Chancengleichheit und Zugang zu höherer Bildung.

Abkommen mit Liechtenstein zu gegenseitigen Anerkennungen im Bildungsbereich ([1581 d.B.](#))

Mit dem erneuerten Abkommen über die Gleichwertigkeit von Abschlüssen im Bereich der Reifezeugnisse und des Hochschulwesens wird auf die Veränderungen in der Hochschullandschaft in beiden Staaten reagiert und das Abkommen an diese angepasst.

Novelle des Tierschutzgesetzes ([1544 d.B.](#)) – s. Top-Themen

Wachtelhaltung ([1546 d.B.](#))

Ein Entschließungsantrag aller Fraktionen ersucht die für Tierschutz zuständige Gesundheitsministerin, die Haltung von Wachteln in die 1. Tierhaltungsverordnung aufzunehmen.

Lebensmittelsicherheit ([1547 d.B.](#))

Mit einer Novelle des Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetzes werden Anpassungen an EU-Recht vorgenommen. Das Konzept "diätische Lebensmittel" fällt weg, es gibt aber weiterhin Regeln für "Lebensmittel für spezielle Gruppen" wie Babynahrung, Säuglingsanfangsnahrung oder Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke.

Register für Gesundheitsberufe ([1548 d.B.](#))

Wer am 1. Juli 2018 einen Gesundheitsberuf ausübt, ist künftig verpflichtet, sich bis spätestens 30. Juni 2019 bei der zuständigen Behörde erstmalig registrieren zu lassen. Ansprechstelle für unselbständig Beschäftigte ist die Arbeiterkammer.

Apothekerkammergesetz ([1549 d.B.](#))

Die Novelle sieht u.a. vor, dass sich die Apothekerkammer eine Hausordnung gibt und die Funktionsperiode des Disziplinaranwaltes auf 5 Jahre befristet wird.

Kostenbremse für Medikamente ([1550 d.B.](#))

Im Zuge einer kleineren ASVG-Novelle wurde nach monatelangen Verhandlungen ein wichtiger Erfolg bei Medikamentenkosten erzielt. Die Neuregelung sieht vor, dass für die Aufnahme von Medikamenten in den Erstattungskodex der Kassen künftig der EU-Durchschnittspreis zu gelten hat. Erhoben wird er mehrmals (nach der ersten Festsetzung durch die Preiskommission nach 18 Monaten, dann nach weiteren 24 und - als Option - nochmals nach neuerlichen 18 Monaten), um sinkende Kosten zu berücksichtigen. Dies gilt auch für besonders teure (weil oft neue und hoch wirksame) Präparate, mit denen die Firmen erst gar nicht in den Kodex hineinwollen, die von den Kassen in Ausnahmefällen - nach Chefarztbewilligung - aber trotzdem bezahlt werden. Festgelegt wurde auch, dass ein Originalprodukt um bis zu 30 Prozent billiger werden muss, wenn ein wirkstoffgleicher Nachfolger (Generikum oder Biosimilar) auf den Markt kommt.

Abkommen über polizeiliche Zusammenarbeit mit der Schweiz und Liechtenstein ([1571 d.B.](#) / [1572 d.B.](#))

Zwei Abkommen zwischen Österreich, der Schweiz und Liechtenstein, mit denen ähnliche Verträge ersetzt werden, sollen die Effizienz der Polizeiarbeit in Bezug auf Gefahrenabwehr und Strafverfolgung weiter verbessern. Überdies wird die grenzüberschreitende Verfolgung von Verkehrsdelikten erleichtert.

Barrierefreier Zugang zu Informationen ([1543 d.B.](#))

In diesem Entschließungsantrag wird der Innenminister ersucht, im Sicherheitsbereich für einen barrierefreien Zugang zu Informationen (Info-Materialien, Internet) zu sorgen. Auch Informationsblätter/Informationsbroschüren und Formulare, die Betroffene über ihre Rechte und Pflichten belehren, sollen in einer leicht verständlichen Sprache abgefasst werden.

Funkanlagen ([1573 d.B.](#))

Mit dem neuen Funkanlagen-Marktüberwachungsgesetz wird der öffentliche Rückruf spionierender Geräte ermöglicht. Bisher war es zwar möglich, den Verkauf dieser als "Funkanlagen" geltenden Spielzeuge zu unterbinden, wenn sie Datenschutzgesetze verletzen. Es fehlte jedoch die Möglichkeit, solche Rückrufaktionen oder Verkaufsbeschränkungen einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu geben.

Soziale Innovationen fördern ([1574 d.B.](#))

Der Antrag fordert, bei der Vergabe von Forschungsförderungen stärker Projekte zu fördern, die soziale Innovationen vorantreiben.

Rechnungshof-Bericht zu U-Bahn ([1577 d. B.](#))

Der Rechnungshof prüfte die finanzielle Beteiligung des Bundes an den Ausbauphasen und aktuellen Änderungen des Wiener U-Bahn-Netzes zwischen 2007 und 2014. Für den Ausbau der Wiener U-Bahnen U3 und U6 hatten der Bund und das Land Wien 1979 eine 15a-Vereinbarung zur Kostenteilung von jeweils der Hälfte abgeschlossen. Für die fünfte Ausbauphase wurde vom Verkehrsminister eine 15a-Vereinbarung oder

ein Gesetz in Aussicht genommen, dies sei auch mit dem Finanzministerium und der Stadt Wien abgestimmt.

Rechnungshof zu Brenner-Basistunnel ([1578 d. B.](#))

Der Brenner-Basistunnel ist das Herzstück einer durchgängigen Verkehrsachse zwischen Berlin und Palermo und somit für das europäische Verkehrsnetz unverzichtbar. Die Kosten für den Bau sind im Plan; die Kritik des Rechnungshofes an vermeintlichen Kostensteigerungen für das Projekt beziehen sich auf einen Zeitpunkt, wo noch nicht alle Kosten eingerechnet wurden, insofern ist diese für die SPÖ unverständlich.

Rechnungshof-Bericht zu VOR ([1579 d. B.](#))

Großteils behoben sind die Kritikpunkte des Rechnungshofes am Verkehrsverbund Ost-Region.

Weitere Themen

Wohnen leistbar machen – SPÖ will neues Mietrecht

Mieten sind in den letzten Jahren stark gestiegen und die rechtliche Situation ist unübersichtlich – schon seit langem fordert die SPÖ ein neues Mietrecht. Bereits 2016 gab es fast eine Einigung mit dem Koalitionspartner, die allerdings dann im letzten Moment an der Immobilien-Lobby in der ÖVP scheiterte. **SPÖ-Bautensprecherin Ruth Becher** bekräftigte in einer Debatte im Nationalrat zum Thema leistbares Wohnen die SPÖ-Position: "Wohnen ist ein Grundbedürfnis, der Staat hat die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass das leistbar ist. **Wir brauchen deshalb ein einheitliches Mietrecht**, das dafür sorgt, dass die Mieten nicht davongaloppieren und Wohnraum nicht zur Anlageform verkommt."

In den letzten fünf Jahren stiegen die Mieten von Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen um 11,6 Prozent bzw. um 12,4 Prozent; die Mieten bei privaten Wohnungen stiegen in der gleichen Zeit um fast 25 Prozent.

Pressemeldungen und Veranstaltungen

[Muttonen: Parlamentarische Diplomatie hat Potenzial im Kampf gegen internationalen Terrorismus \(29.03.2017\)](#)

[Muttonen: Brauchen gleichberechtigte Partizipation von Frauen bei der Gestaltung von Sicherheits- und Friedenspolitik \(23.03.2017\)](#)

[Muttonen weist ungarische Drohgebärden entschieden zurück \(22.03.2017\)](#)

Fair Trade für faire Bildungschancen



Einen kleinen Snack und eine heiße Tasse fairen Kaffee gab es am Donnerstag zu Beginn der Plenarsitzung in der Säulenhalle des Österreichischen Parlaments.

Wie in jedem Jahr in der Vorosterzeit hat die Parlamtdirektion zusammen mit der Organisation FAIRTRADE Österreich eine Ausstellung über fairen Handel und Entwicklung organisiert. Gemeinsam mit dem kasachischen Botschafter Kairat Sarybay, der mich im Parlament besuchte, habe ich mich von den FAIRTRADE-MitarbeiterInnen über die Zusammenhänge von fairem Handel und Bildungschancen informieren lassen.

Weltweit müssen 168 Millionen Kinder und Jugendliche arbeiten, anstatt in die Schule zu gehen. Oftmals ist Armut der Grund. Die Kinder müssen mithelfen, das Überleben der Familie zu sichern. Fair gehandelte Produkte leisten einen wichtigen Beitrag, um über faire Löhne die Armut der Familien zu bekämpfen und Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen.

Anti-Terror-Konferenz in St. Petersburg



Anfang dieser Woche besuchte ich als Präsidentin der OSZE-PV eine gemeinsam mit der Interparlamentarischen Versammlung der GUS (Gemeinschaft unabhängiger Staaten) in St. Petersburg organisierte Konferenz zum Anti-Terror-Kampf.

In meiner Eröffnungsrede habe ich vor allem unterstrichen, wie wichtig es ist gegen Armut, politische Ausgrenzung und Menschenrechtsverletzungen vorzugehen, um Terrorismus und Extremismus erfolgreich bekämpfen zu können. Dafür braucht es Good Governance, Demokratie und Rechtstaatlichkeit ebenso wie eine gute und enge internationale Zusammenarbeit.

Ich habe die Veranstaltung außerdem für zahlreiche bilaterale Gespräche genutzt, u.a. mit den Präsidenten der Parlamente Aserbaidschans und Kirgisistans Oktay Asadov und Chynybai Tursunbekov, mit dem Präsidenten des kasachischen Senats Qassym-Schomart Kemeluly Toqajew sowie mit dem Präsidenten der russischen Duma Vyacheslav Volodin und dem Präsidenten des weißrussischen Rats der Republik Mikhail Myasnikovich.

In den Gesprächen ging es natürlich um das Konferenzthema Terrorismusbekämpfung. Wir haben aber auch über die Ukraine Krise gesprochen und darüber, wie wir wieder zu einer besseren Zusammenarbeit in der OSZE kommen können.

Mit Vyacheslav Volodin und Mikhail Myasnikovich habe ich außerdem über das harte Vorgehen gegen Demonstranten in ihren Ländern gesprochen und daran erinnert, dass die Menschen im OSZE-Raum das Recht haben, friedlich zu demonstrieren.

OSZE-Konferenz zu Frauen und Sicherheitspolitik im Österreichischen Parlament

Weitere internationale Konferenz für Mai in Villach geplant



©Parlamentsdirektion/ Johannes Zinner

Ein Schwerpunkt, den ich mir für meine Zeit als Präsidentin der OSZE-PV gesetzt habe, ist es, die gleichwertige Beteiligung von Frauen in der internationalen Sicherheitspolitik zu fördern. Dazu gehört auch, Sicherheitsexpertinnen im öffentlichen Diskurs mehr Raum und Gehör zu verschaffen. Kein Spitzentreffen, keine Konferenz und keine Talkshow, wo nicht auch heute noch hauptsächlich Männer über unsere Sicherheit in Europa diskutieren.

Am vergangenen Donnerstag fand daher auf meine Initiative hin eine politisch hochbesetzte internationale Konferenz im Österreichischen Parlament statt. Thema der Konferenz war die bessere Beteiligung von Frauen in allen Bereichen und auf allen Ebenen der Sicherheitspolitik. Nach einleitenden Worten durch Nationalratspräsidentin Doris Bures, Verteidigungsminister Hans-Peter Doskozil und mir, diskutierten die aus dem gesamten OSZE-Raum angereisten Abgeordneten mit führenden Politikerinnen und Expertinnen in drei Panels über sicherheitspolitische Themen.

Wie wichtig aber auch schwierig die Diskussion über eine gemeinsame Sicherheits- und Friedenspolitik in Europa ist, wurde am ersten Panel deutlich, wo die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Ulrike Lunacek auf die Vorsitzende des russischen Föderationsrates Valentina Matwienko traf. Im zweiten Panel haben wir mit weiblichen Führungskräften aus verschiedenen OSZE-Missionen über die bedeutende Arbeit dieser Missionen diskutiert und über die wichtige Rolle, die Frauen in ihnen übernehmen. Die OSZE unterhält unter anderem Missionen in Zentralasien und auf dem Balkan, wo diese die Länder dabei unterstützen, Gleichberechtigung zu fördern und demokratische und rechtsstaatliche



©Parlamentsdirektion/ Johannes Zinner

Strukturen aufzubauen. In der Ostukraine überwacht eine OSZE-Mission zudem die Frontlinie zwischen den Konfliktparteien.

Im dritten Panel haben wir mit Expertinnen über die vielen wichtigen Rollen diskutiert, die Frauen im Kampf gegen Terrorismus und Extremismus spielen, die sie aber auch innerhalb terroristischer und extremistischer Organisationen einnehmen.

Ich denke, dass es für Frauen wichtig ist, sich in der internationalen Sicherheitspolitik stärker zu vernetzen und ihre Ideen und Erfahrungen auszutauschen. Die Konferenz hat hier einen guten Beitrag geleistet und wird hoffentlich weitere Fortsetzungen finden.

Jetzt blicke ich erst einmal mit Spannung auf die letzte Woche im Mai, wo ich eine weitere Konferenz der OSZE-PV geplant habe. Dieses Mal aber nicht in Wien sondern in Villach mit dem Thema „Umgang mit nationalen Minderheiten“.

Gespräche in Weißrussland



Parlamentspräsident Andreichenko und ich unterzeichnen das Abkommen über die Tagung der OSZE-PV im Juli in Minsk

Im Juli soll in der weißrussischen Hauptstadt Minsk die diesjährige Haupttagung der OSZE-PV stattfinden. Aus diesem Grunde war ich in der vergangenen Woche zu einem kurzen Vorbereitungstreffen dort und habe mich unter anderem mit Präsident Lukaschenko, Außenminister, Vladimir Makei und Parlamentspräsident Vladimir Andreichenko getroffen.

In den Gesprächen habe ich zum einen das große Engagement Weißrusslands innerhalb der OSZE und die hilfreiche Rolle des Landes im Ukraine Konflikt begrüßt. Wir haben aber auch über die Menschenrechtssituation, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Weißrussland gesprochen und ich habe darauf hingewiesen, dass Weißrussland endlich auch in diesen Bereichen die OSZE-Verpflichtungen erfüllen sollte.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at